



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 12/2003 66. gesamt

18.06.2003

Gesundheit: Jetzt sind die Alternativen klar

Eines der größten Vorurteile über Politik ist, dass es keine Unterschiede mehr gebe. Im Bereich der Gesundheitspolitik kann dies nun wirklich niemand mehr behaupten. Zunächst hatten SPD/Grüne ein umfassendes Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitssystems vorgelegt. Nachdem sich jetzt auch CDU/CSU nach langem Streit und bei verbleibendem Protest des gesundheitspolitischen Sprechers Seehofer auf ein Konzept geeinigt haben, liegen die Alternativen auf dem Tisch.

Beide Entwürfe nehmen den Reformbedarf ernst, wenn auch das Paket der CDU/CSU als Opposition bei weitem nicht den ausreichenden Einsparungseffekt bringt. Jetzt können die Bürgerinnen und Bürger die Alternativen vergleichen.

Meine Einschätzung der entscheidenden Unterschiede:

CDU/CSU wollen die Patienten alle Leistungen im Gesundheitsbereich mit 10% bezahlen lassen,

bis zu einer Obergrenze des Einkommens. SPD/Grüne schlagen dagegen vor, den direkten Facharztbesuch mit 15 Euro zu berechnen, bei einer Verweisung durch den Hausarzt als „Lotse im System“ dagegen keine Eigenbeteiligung zu verlangen. In diesem Fall sollen sogar die derzeitigen Zuzahlungen zu Medikamenten gesenkt werden. Dadurch soll das „Facharzt-Hopping“ mit Mehrfachbehandlungen vermieden werden. Im CDU/CSU-Modell hat der Kranke keine Wahl, seine Kosten zu optimieren. Außerdem ist zu befürchten, dass dann oft zu lange mit einem Arztbesuch gewartet wird und die so auftretenden stärkeren Erkrankungen sogar zu mehr Kosten führen wird.

SPD/Grüne wollen zur Senkung der Kassenbeiträge das Krankengeld nur noch durch die Versicherten bezahlen lassen. Eine schwierige Entscheidung, die aber zu keinen unzumutbaren Belastungen führen wird, weil es weiter eine verpflichtende und solidari-

sche Versicherung sein wird. Die Jungen und Besserverdienenden übernehmen also ein Teil des Risikos der Älteren und Geringverdiener. Die Alternative der CDU/CSU, Zahnersatz ganz aus der Krankenversicherung zu nehmen, beendet die Solidarität in diesem Bereich. In Deutschland könnte man dann wieder von der Zahl der Zahnlücken auf den Geldbeutel schließen.

Meine letzte Kritik am Entwurf der CDU/CSU: Anders als SPD/Grüne wollen CDU/CSU nicht mit ungerechtfertigten Monopolen und Privilegien im Gesundheitssektor aufräumen. SPD/Grüne wollen das Monopol der kassenärztlichen Vereinigungen brechen, das Apothekerprivileg beseitigen, über die Positivliste überteuerte Medikamente ausschließen und über das Institut zur Qualität in der Gesundheitsversorgung Ärzte zur Anwendung der modernsten Behandlungen drängen. All das fehlt bei CDU/CSU.



Themen in dieser Ausgabe:

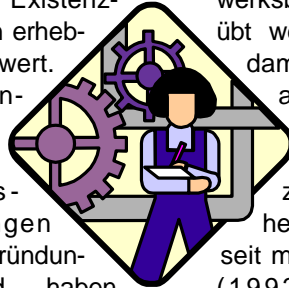
- Gesundheitsreform
- Änderung der Handwerksordnung

Änderung der Handwerksordnung

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen, der sog. kleinen Novelle der Handwerksordnung, wird der zweite Baustein des Ich-AG-Konzeptes gesetzgeberisch umgesetzt. Die Änderung der Handwerksordnung wird viele Unklarheiten der Auslegung der Handwerksordnung und noch mehr Ungereimtheiten bei ihrer Ausführung beseitigen.

Die Ich-AG's und andere Existenzgründer brauchen Rechts- und Planungssicherheit, wenn sie sich eine Geschäftsidee überlegen. Der Start in die Selbstständigkeit soll dadurch erleichtert werden, dass

klargestellt wird, dass in zwei bis drei Monaten erlernbare Tätigkeiten keine wesentlichen Tätigkeiten eines Gewerbes im Sinne der Handwerksordnung sind. Durch die geltende Handwerksordnung und deren rigide Auslegung werden dringend erwünschte Existenzgründungen erheblich erschwert. Abmahnungen, Bußgelder und Betriebs-schließungen hemmen Gründungen und haben nachteilige Folgen für Verbraucher und Wettbewerb.



Die kleine Novelle

In dem Gesetzentwurf wird klargestellt, welche Tätigkeiten nicht zum

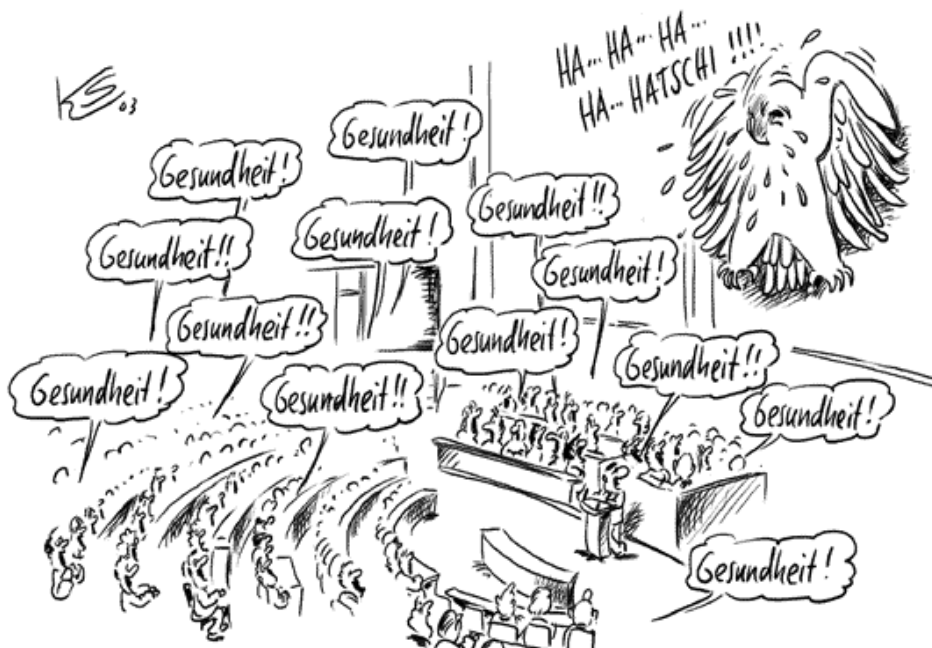
Kernbereich eines Handwerks gehören. Dazu zählen insbesondere "einfache", das heißt in kurzer Zeit (jedenfalls zwei bis drei Monate) erlernbare Tätigkeiten. Ziel dieser Klarstellung ist, dass einfache Tätigkeiten von jedermann, also nicht nur von Handwerksbetrieben, ausgeübt werden dürfen und damit möglichst rasch auch für eine selbstständige Tätigkeit der Ich-AG zur Verfügung stehen. Damit wird die seit mehr als 10 Jahren (1992) bestehende höchstrichterliche Rechtsprechung, die bisher in der täglichen Praxis nicht beachtet wurde, in die Handwerksordnung übernommen.

Die große Novelle

Mit der kleinen Novelle der Handwerksordnung eröffnen wir zugleich die Diskussion um die große Novelle der Handwerksordnung. Die Vorlage des Regierungsentwurfes wurde bereits am 28. Mai 2003 im Kabinett beschlossen. Die große Novelle wird das Handwerksrecht zukunftssicher und europafest machen.

Weitere Informationen und Gesetzentwürfe sind zu finden auf der Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums:

www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Branchenfokus/Handwerk/handwerk.jsp#hwo



Kontakt:
 Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de